

# Tagungsprotokoll

## EnergieWendeTage für Stadt & Region Freiburg i.Br.

28. und 29. Oktober 2011

### Auf dem Weg zur 100 Prozent Erneuerbare-Energien-Region

Im gut gefüllten Saal des Cafe Vélo im Mobile / Fahrradstation Freiburg i.Br. fand am Freitag, 28. Oktober 2011, der erste Teil der EnergieWendeTage 2011 statt. Einladende waren das Netzwerk Energiewende-Klimaschutz Regio Freiburg samt Partnern, das Klimabündnis-Freiburg, das Agenda21 Büro Freiburg sowie das Samstags-Forum Regio Freiburg von ECOtrinoa e.V. mit Partnern.<sup>1</sup>

Dr. Peter MOSER von deENet, Kassel, Leiter Nachhaltige Regionalentwicklung, sprach in seinem Eröffnungsvortrag über „**Wege zu 100 % Erneuerbare-Energien-Regionen**“. Der Referent betreut von Kassel aus im Auftrag des Bundesumweltministeriums und in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt von 2007 bis 2013 die „100 %-Erneuerbare-Energie-Regionen“ in Deutschland. MOSER berichtete, wie sich diese (im folgenden kurz „100ee-Regionen“) von einer exotischen Außenseiterposition zu einem allseits anerkannten Vorreiter der Energiewende gewandelt haben. Der Referent hob hervor, dass es in den 100ee-Regionen nicht mehr darauf ankommt, die erneuerbaren Energien in das bestehende Energiesystem zu integrieren. Es gehe viel weitergehend darum, das gesamte bisherige System der Energiebereitstellung in ein neues System zu transformieren. Derzeit gebe es in Deutschland bereits 78 100ee-Regionen. Diese zeichnen sich durch entsprechende politische Beschlüsse mit 100-Prozent-Ziel und entsprechende zielgerichtete Maßnahmen aus. Bei rund 40 „Starter-Regionen“, die solche Maßnahmen aufweisen, stünden solche politischen Beschlüsse noch aus.

Kritisch merkte MOSER an, dass die Region Freiburg seit fünf Jahren in der Position einer „Starter-Region“ verharre. Schön wäre es, wenn sich 100ee-Regionen z.B. ähnlich wie im Großraum Hannover auch anderswo ausweiten würden, also in der Region Freiburg, ausgehend etwa von kleinen Gemeinden (bei Hannover: Bioenergiedorf Jühnde) bis hoch in große Regionen (dort Metropolregion Hannover).

Bei der Umsetzung von 100ee-Regionen würden Konflikte u.a. daraus resultieren, dass bei der Transformation von zentralen Großkraftwerken hin zur dezentralen Energiebereitstellung die Flächeninanspruchnahme durch landschaftsprägende Windkraftanlagen, durch großflächige PV-Anlagen und durch Energiepflanzenanbau signifikant steigt. Das führe durchaus zu Akzeptanzproblemen und zu Konflikten im ländlichen Raum. Die Suche nach Standorten und die Auswahl der effizientesten könne nicht in jedem Fall konfliktfrei erfolgen. Auch die EEG-Umlage sei – vor allem im Hinblick auf PV - immer wieder Anlass für kritische Auseinandersetzungen. In dem Zusammenhang zeigte MOSER eine Deutschlandkarte der von Privatleuten installierten Photovoltaik-(PV)-Anlagen. Die Karte machte sehr deutlich, dass in den neuen Bundesländern die PV-Dichte meilenweit hinter Westdeutschland liegt. In dem West-Ost-Gefälle der PV-Dichte mache sich die unterschiedliche Kapitalkraft der Bevölkerung bemerkbar.<sup>2</sup>

Im Folgenden streifte der Referent die Konflikte um die „Verspargelung“ der Landschaft auf Grund des massiven Zubaus von Windenergieanlagen. Dabei würden sich relativ kleine Bevölkerungskrei-

<sup>1</sup> Das **Programm** der EnergieWendeTage 2011, die **Veranstalter**, die **Förderer**, die veröffentlichten **Vorträge** sowie das gemeinsame **Manifest** des Netzwerks Energiewende-Klimaschutz Regio Freiburg sind zu ersehen und herunterladbar bei [www.ecotrinoa.de](http://www.ecotrinoa.de), Rubrik „Energiewende Regio Freiburg“

<sup>2</sup> Anmerkung G. Löser: PV-Anlagen können aber auch ohne Eigenkapital errichtet werden und dabei für den Geldgeber als Sicherheit dienen.

se, oft von der Presse gestützt, sehr in den Vordergrund drängen. Als bemerkenswert stufte MOSER den Landkreis Osnabrück ein. Dort habe man sich vorgenommen, bis zu 5 Prozent der Landkreisfläche für die Installierung von Windkraftanlagen frei zu geben.

MOSER hob anschließend hervor, dass der lokale und regionale Zubau von Erneuerbaren auch die Wirtschaftskraft in den Erneuerbare-Energien-Regionen fördere. Die traditionellen Stadt-Umland-Konflikte müssten bereinigt werden, um in Zusammenarbeit zwischen urbanen Zentren und dem ländlichen Umland gemeinsam das 100-Prozent-Ziel zu erreichen. In vielen Fällen werde es so sein, dass die Stadt auf die Energiebelieferung aus dem ländlichen Raum angewiesen sein wird. Nach Meinung des Referenten sollte man aber nicht zu zentralistisch denken. Weniger der urbane Kern, sondern das umliegende Land müsse durch die Energiewende gestärkt werden. Wie der Gast aus Kassel weiter berichtete, empfehle das Umweltbundesamt (UBA) Verbundregionen und sehe Autarkiebestreben im Sinne regionaler Energie-Inseln eher kritisch.

Zum Abschluss seines Vortrages sprach Dr. Moser im Rahmen einer so genannten SWOT-Analyse die Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken der Situation in der Region Freiburg an. Das Erneuerbare-Energien-Image der Region Freiburg sei deutlich besser als die reale Lage. Zudem sei weitgehend unklar, wer im Breisgau den Weg zu einer 100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Region koordiniere und die Diskussion um die dazu erforderlichen Konzepte und Maßnahmen moderiere. Es bestehe der Eindruck, dass hier weder die etablierte Politik noch wichtige Meinungsbildner an eine 100 Prozent-Region im Breisgau glauben würden.<sup>3</sup> Der Wunsch, gemeinsam die regionale Energiewende in einer gemeinsamen Stadt-Umland-Anstrengung voranzubringen, sei noch unterentwickelt. Freiburg drohe somit, den Anschluss an die Erneuerbare-Energien-Spitzenregion zu verlieren. Dies verdeutlichte der Referent an den Beispielen u.a. der Regionen Hannover, Oldenburg und Osnabrück. Die Stadt München mit ihren intensiven 100-Prozent-Bestrebungen der Stadtwerke sei nicht in die 100ee-Regionen aufgenommen worden, da man dort zu sehr auf erneuerbare Energien, hier Strom, aus zu fernen Region etwa in Spanien oder der Nordsee setze.

Für weitere Informationen zu den 100 Prozent-Erneuerbaren-Energien-Regionen sowie zur Charta zur Förderung der 100ee-Regionen und den bisherigen Kongressen zu 100ee-Regionen sei hier auf folgende sehr informative Internetpräsenzen verwiesen:

[www.deENet.org](http://www.deENet.org) , [www.100-ee.de](http://www.100-ee.de)

[www.100-ee.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Formulare/Infoblatt100EE\\_110718.pdf](http://www.100-ee.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Formulare/Infoblatt100EE_110718.pdf)

## Wenn die Energiewende stromlastig ist

Auf Rückfrage räumte MOSER ein, dass die Anstrengungen der 100ee-Regionen bislang noch sehr stromlastig seien.<sup>4</sup> Im Wärmemarkt, im Verkehrssektor und vor allem im Konsumsektor – insbesondere beim Fleischkonsum – bestehe allgemein noch großer Handlungsbedarf. Allerdings seien z.B. bei Bioenergiedörfern mit Kraftwärmekopplung sowohl Strom (100% Versorgung durch Erneuerbare als Bedingung) als auch Wärme (mindestens 50%) relevant.

Zur Finanzierung umsetzungsorientierter Studien und Masterpläne erläuterte der Referent dass es derzeit für Kommunen und Regionen bei der Bundesregierung reichlich Fördertöpfe gebe, aus denen man bis im Extremfall bis zu 95 Prozent Fördergelder für 100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Konzepte und verwandte Klimaschutzmaßnahmen per Antragswettbewerb gewinnen könne.

## Der Geiz, die Gier und die Energiewende

Auf die Frage, welcher gesellschaftlichen Konstellationen es bedürfe, damit 100ee-Regionen „Schwung“ entwickeln, war Mosers Rat, Bewegung komme in die Region, wenn engagierte Bürgermeister und Landräte die Erneuerbaren als Topthema setzen und damit auch Wahlen gewinnen.

<sup>3</sup> Anmerkung: Die Veranstalter der EnergieWendeTage haben jedoch ausdrücklich das Ziel 100-Prozent-Erneuerbare Energien und sind überzeugt von dessen Machbarkeit, siehe deren Manifest vom 29.10.2011

<sup>4</sup> Anm. G. Löser: Die besondere Betonung des Stromsektors ist aber derzeit dringend notwendig wegen des vorrangigen Problems Atomenergie und wegen i.a. hoher Klimaschutzwirkung von Strom aus erneuerbaren Energien, Stromsparen und Kraftwärmekopplung. Maßnahmen in den anderen Sektoren sind aber auch eilig und unverzichtbar.

Und umgekehrt sei es das Haupthemmnis, wenn man die politische Führung nicht zur aktivierenden Mitarbeit gewinnen könne. Allerdings gebe es Beispiele, wie durch Erneuerbare-Energien-Initiativen „von unten“ die Gemeindeparlamente überzeugt worden sind, so dass letztlich auch der Landrat auf den fahrenden Zug aufspringen musste. Der Kipppunkt werde dann erreicht, wenn man in die Politik-Gremien hineinkomme, um die skeptischen Bürgermeister und die zunächst auf Abwehrhaltung gepolten Landräte zu überzeugen. In dem Zusammenhang zitierte der Referent das Bonmot eines bayerischen Bürgermeisters: „*Noch stärker als die Sturheit sind bei uns nur noch der Geiz und die Gier entwickelt.*“ Und da wir „*allesamt keine Gutmenschen*“ seien, müsse man beim Voranbringen der Energiewende auch auf diese menschlichen Eigenschaften bauen. Typisch sei in dem Zusammenhang folgende Entwicklung: Wenn der Nachbarkreis mit Windkraft oder Biomasse erfolgreich sei, dann werde die Versuchung sehr groß, dem erfolgreichen Nachbarn nachzueifern.

## Podiumsdiskussion

### ISE: Netzausbau ist erst mal billiger als Speicher

In der von ULRICH MARTIN DRESCHER (UnternehmensGrün) moderierten Podiumsdiskussion wies Dr. Peter MOSER eingangs darauf hin, dass man die Menschen für die Energiewende begeistern müsse. Der Funke müsse von den kleinen Initiativen in die Breite überspringen.

GERHARD STRYI-HIPP, beim Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme ISE, Freiburg, zuständig für Energiepolitik, hob zunächst hervor, dass die Abkehr von der fossil-atomaren Energiebereitstellung vorrangig mit Wind- und Solarenergie gelingen wird. Wegen der zeitlichen Angebotsschwankungen von Wind- und Solarstrom werde es wesentlich darauf ankommen, einen Mix von erneuerbaren Energien zu realisieren, die Verteilnetze für den regionalen Ausgleich der Schwankungen und einen deutschland- und europaweiten Ausgleich zu schaffen, ein Smart Grid aufzubauen, die Anpassung der Last an die Erzeugung zu realisieren und zuletzt den Ausbau von Energiespeichern voranzutreiben. Die Speicher kämen erst zu einem späteren Zeitpunkt, da der Netzausbau in der Regel wesentlich günstiger zu realisieren sei. Zudem brauche man die Elektromobilität, die weit effizienter sei, als wenn Autos mit Agrosprit betrieben würden.

Die große Herausforderung der Energiewende sei, den Mix der Erneuerbaren Energien so intelligent zu kombinieren, dass die Versorgungssicherheit gewahrt bleibe, dies unter Einbezug von Kurzzeit- und von saisonalen Speichern. Das Planungskonzept für einen erfolgreichen Weg zu einer „Smart Energy City“ mit dem Ziel CO<sub>2</sub>-Neutralität sei „*nicht trivial*“ und viel anspruchsvoller als viele meinen würden, so die Überzeugung von Stryi-Hipp. Die Energiewende müsse vor allem in den Städten erfolgen, da hier 75% der CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen und ein Großteil der Maßnahmen umgesetzt werden müssten. Da sich mit der Energiewende der Bundesregierung die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv geändert haben, müsste auch Freiburg die Aktualität seiner Zielsetzung überprüfen.<sup>5</sup>

### Die Erneuerbaren zum ökonomischen Erfolgsfaktor machen

PHILIPP OSWALD als Manager des regionalen Clusters Green City Freiburg berichtete zunächst, dass dieser unter Einbezug der beiden umliegenden Landkreise als Initiative der Freiburger Wirtschaftsförderung nicht nur erfolgreich das Image fördere. Im Cluster, hauptsächlich ein Unternehmensnetzwerk, sind 120 Unternehmen und Institutionen der Umwelt- und Solarwirtschaft vereint. Dieses Netzwerk solle neben dem erfolgreichen Marketing die Erneuerbaren Energien in der Region Freiburg auch zu einem ökonomischen Erfolgsfaktor machen. Generell sei für eine Großstadtreion die 100% EE Versorgung bis 2030 oder 2040 ein ambitioniertes Ziel. Um dies angesichts der langen Zeiträume zu erreichen, seien eine klare, gemeinsame Vision und engagierte Führungspersönlichkeiten aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sehr wichtig. Die Ausgangslage in Freiburg sei hervorragend, nicht zuletzt weil analog zum Moorschen Gesetz (alle zwei Jahre verdoppelt sich die Speicherleistung bei der Informationstechnologie) auch zu erwarten sei, dass auf dem Weg zu den

<sup>5</sup> Anm. G. Löser: Das alleinige Ziel Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes wäre zu ergänzen durch die Notwendigkeiten Atomausstieg und Nachhaltigkeit der Energiewende, zu letzterer: starke Verminderung des Energieverbrauchs, soziale Absicherung, Eine-Welt-Aspekte usw.

100 Prozent noch Technikfortschritte eintreten werden, die wir derzeit noch gar nicht erkennen können.

## Suffizienz darf kein Tabu bleiben!

PER KLABUNDT von der 100 Prozent GmbH, Wirtschaftsverband Erneuerbare Energien Regio Freiburg, nannte als Ziel des Verbandes, dass man neben der Stromseite auch den Wärme- und Verkehrssektor bis in 25 Jahren auf 100 Prozent umgestellt haben will. Dabei sei die größte Herausforderung, die politisch-gesellschaftlichen Hemmnisse zu überwinden. Da müsse man sich beispielsweise mit den Argumenten auseinandersetzen, dass unsere Kulturlandschaft durch Erneuerbare Energien massiv bedroht sei. Klabungdt betonte, dass es nicht um die Integration der Erneuerbaren Energien ins bestehende System gehe, sondern um eine Transformation des gesamten Energiesystems. Die Transformation sei tiefgreifend und betreffe alle Lebensbereiche. Bei diesem Prozess zur Nachhaltigkeit hin müsse auch die Frage nach dem Verzicht auf immer mehr (Energie)verbrauch gestellt werden

DRESCHER schloss die Statementrunde der Podiumsteilnehmer mit der Bemerkung ab, dass es bei der Energiewende auch entscheidend um Machtfragen in der Gesellschaft gehe.

## Publikums-Diskussion mit dem Podium

In der anschließend für die Zuhörerschaft geöffneten Diskussion drehten sich die Themen zunächst um die Rüstungskonversion und geostrategische Folgen der fossil-atomaren Energiebereitstellung.

Debattiert wurden die sicherheitspolitischen Aspekte im Kampf um Rohstoffe, Klimawandel, Einwanderungsströme und Energiebereitstellung. Im Hinblick auf der von dem ISE-Referenten favorisierte Elektro-Mobilität wurde eingeworfen: „*Wir haben schon die E-Mobilität – siehe Straßenbahnen, warum immer den PKW in den Vordergrund rücken statt zum Beispiel pedalelektrisch Fahrräder (Pedelecs)?*“ Eine Gegenrede vom Podium: Die derzeitigen Riesenerwartung zur der E-Mobilität müsse aus Gründen der Energie-Effizienz genutzt werden. Man solle den motorisierten Individualverkehr nicht in die Ecke stellen. Die Energiewende müsse von allen Bevölkerungsgruppen getragen werden, auch von denen, die bisher nicht für ÖPNV oder Fahrradverkehr zu begeistern waren. Gerhard Stryhipp wies darauf hin, dass in einem Erneuerbaren Energien-System natürlich der öffentliche Verkehr und auch Fahrradverkehr ausgebaut werden müssten. Das größte Problem sei allerdings der motorisierte Individualverkehr, für den Lösungen gefunden werden müssen, deshalb habe er besonders darauf hingewiesen.

Ein weitere Frage war: „*Brauchen wir den Ausbau der zentralen Hochspannungsnetze?*“ Vorgesprochen wurde aus dem Publikum, Produktion und Verbrauch bereits auf der Ebene der Versorgungsnetze schon vor Ort möglichst in Einklang bringen – Motto: „*Die Intelligenz in die Steckdose bringen!*“ Dann könne die Notwendigkeit zum überregionalen und transeuropäischen Netzausbau zumindest minimiert werden.

Die Meinung des ISE-Referenten zum Vorschlag, zeitweise Stromüberschüsse von Wind- und Solarstrom in Wasserstoff oder erdgasidentisches Methan umzuwandeln, als Methan langfristzuspeichern in vorhandenen Speichern, über das vorhandene Gasnetz zu transportieren sowie effizient in Kraftwärmekopplung einzusetzen („Strom-zu-Gas-zu-Strom“): Dies prinzipiell mit allen Überschüssen zu tun, sei zwar möglich, aber ineffizient – man brauche den Ausbau der Stromnetze, um Überschüsse zuerst einmal in Regionen zu transportieren, wo aktuell Strombedarf vorhanden ist. Erst die Speicherung von darüber hinausgehenden Überschüssen ist ökonomisch sinnvoll. Die geplante Meeres-Windenergie (Anmerkung: etwa aus Nord- und Ostsee) müsse in die mitteldeutschen Verbrauchsregionen transportiert werden. Die Schwankungen (Fluktuation) der EE könnten zwar prinzipiell durch Speicher ausgeglichen werden, allerdings sollte zuerst der räumliche Ausgleich durch Netze und dann die Speicherung erfolgen. Mit der Speicherung als Gas seien hohe Umwandlungsverluste und damit die Notwendigkeit zu noch weit größerem Leistungsausbau verbunden. So müsse man bei einem elektrischen Gesamtwirkungsgrad von max. 40 Prozent bei „Strom-zu-Methan-zu-Strom“ am Anfang das Zweieinhalbfache an Energie reinstecken. Der Ausbau der überregionalen Stromnetze sei deutlich kostengünstiger. Mehr Rationalität in der Diskussion sei vonnöten! Produktion, Verbrauch

und Speicher würden künftig in sogenannten „Smart Grids miteinander kommunizieren“. Man dürfe aber keine zu hohen Erwartungen in die Verschiebung der Lastspitzen durch „Smart Grids“ haben. <sup>6</sup>

Angeregt wurden eine stärkere Förderung des Genossenschaftswesens im Energiebereich sowie eine Öffnung der Stadtwerke für Bürgergenossenschaften, wie es bei einem Vorbild-Stadtwerk gerade geschehe. Die Transformation von Stadtwerken zu Bürgerwerken müsse auf die Tagesordnung gestellt werden. Angemerkt wurde aber auch: „Energiegenossenschaft“ klappt nur, wenn es kompetente und engagierte Führungsleute gibt.

KLABUNDT beschwor „die enorme Dynamik“ beim Ausbau der Erneuerbaren, die sich in Fällen wie in bei Freiamt (ein Dorf mit vielen kleinen Ortsteilen im Kreis Emmendingen) lokal auch ohne Leitbild und Konzept entfalten könnten. Er hob hervor, dass es in Freiburg das bemerkenswerte Phänomen gebe, dass viele wohlmeinende Unternehmerverbände den Erneuerbaren aufgeschlossen gegenüber stehen würden. Für ihn sei wesentlich, dass die einzelnen Bausteine für eine Energiewende nur dann eine Chance hätten, wenn sie nicht nur ökologisch seien, sondern wenn sie sich auch ökonomisch rechnen und auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen.

OSWALD problematisierte die Zersplitterung der Energiegesamtszene in der Region, weil dann nur schwer ein gemeinsames Ziel zu erkennen sei. Eine derzeit laufende Studie im Auftrag des regionalen Cluster Green City und der Stadt Freiburg solle erstmals für die Region Freiburg als Ganzes die konkreten Potentiale der Versorgung mit Erneuerbaren abschätzen.

## Ist das Glas in Freiburg halbvoll oder halbleer?

Als letzter Diskutant ergriff ECKARD FRIEBIS, Vorsitzender der GRÜNEN Regionalverbands- und Stadtratsfraktion in Freiburg, das Wort. Er verwies zunächst darauf, dass die Stadt beim Öko-Institut die Studie „Klimaneutrale Stadt 2050“ in Auftrag gegeben habe. Ende 2011 werde das Ergebnis erwartet. An den Vorschlägen in dieser Studie werde sich künftig die Politik der Stadt orientieren. Die Atomkatastrophe in Fukushima habe auch die hiesigen Stadt-Umland-Konflikte im Bereich Energie abgebaut. Es werde auf dieser Veranstaltung ein falsches Bild vermittelt, wenn behauptet werde, dass in Freiburg im Hinblick auf die Energiewende deutlich zu wenig laufe. – An der Veranstaltung nahmen am 28.10. einige wenige Mitglieder der Regionalverbandsversammlung und der Gemeinderäte von Freiburg und Gundelfingen teil. <sup>7</sup>

## Samstag, 29. Okt. 2011, Samstags-Forum Regio Freiburg

### Die Energiewende funktioniert nur mit Bürgerbeteiligung

Zu Beginn des zweiten Tages, am Samstag, 29. Oktober, drückte der Organisator der Veranstaltung, Dr. GEORG LÖSER von ECOtrivna e.V., in seinem Eröffnungsvortrag „**100 % erneuerbar und was ist Energieautonomie?**“ im KG I der Freiburger Universität vor annähernd 70 Personen einigang sein Bedauern aus, dass die Energiewende-Vereine der Region von außerhalb der Stadt Freiburg zur Vormittagssitzung nicht erschienen seien. Da müsse nachgearbeitet werden, wenn es tatsächlich gelingen solle, die Großregion Freiburg in absehbarer Zeit auf energieautonome Beine zu stellen. Anschließend erläuterte LÖSER in einem historischen Rückblick die Entwicklung der Begrifflichkeit „Energiewende“ von 1980 bis heute. 1980 hatte das Öko-Institut e.V. die Studie und samt Buch „Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl“ herausgegeben.

<sup>6</sup> Anmerkung G. Löser: Der wichtige Unterschied zwischen Kurzeitenausgleichen (mit smart Grids) und Langfrist- bzw. saisonalem Ausgleich der Schwankungen der Erneuerbaren Energien bzw. des Bedarfs wurde in der Diskussionsphase nicht ausreichend diskutiert, ebenso wenig die mögliche zusätzliche Wärmenutzung bei den Umwandlungsschritten eines Strom-zu-Gas-zu-Strom-Systems, was die Gesamteffizienz wesentlich verbessern kann.

<sup>7</sup> Hinweis von G. Löser: In den Tagen um den 28./29. Oktober 2011 fanden in Freiburg - ohne Gesamtkoordination und teils nicht allgemeinöffentlich oder intern - eine ganze Reihe Energietagungen unabhängig voneinander statt, die EnergieWendeTage waren die einzige dieser Veranstaltungen, bei der die Bürgerschaft eingeladen war. Für die PolitikerInnen aus Stadt und Region, wohl zu fast allen Tagungen eingeladen, waren die vielen Termine anscheinend zu viel.

Als aktuellste Publikation zur Energiewende verwies der Referent auf den größtenteils überraschend guten Schlussbericht der Ethikkommission der Bundesregierung vom 30.5.2011, in dem vorbildhaft u.a. der Aspekt Bürgerbeteiligung bei der Energiewende hervorgehoben worden sei, insbesondere auch regionale und lokale „Energiewendeforen“ wie hier seien nötig.- Beispielhaft seien auch die Energiegenossenschaften und die Bioenergiedörfer zu nennen. Anschließend erläuterte der ECO-trinova-Vorsitzende in einem Schnelldurchgang 12 technische und Kampagnen-Aspekte der Energiewende von Solarstrom bis zur Kleinwasserkraft sowie von Stromeffizienz und Blockheizkraftwerken bis zu Plusenergiegebäuden und -Fabriken. In seinem Fazit merkte LÖSER an, dass es kaum gelingen könne, eine Stadt wie Freiburg völlig autonom auf 100 Prozent erneuerbare Energiebereitstellung umzustellen. Die Energiewende müsse in Zusammenarbeit von Stadt und Umland regional umgesetzt werden. Dabei seien unter der Region Freiburg in 1. Linie die Stadt Freiburg und die Landkreise Breisgau/Hochschwarzwald und Emmendingen zu verstehen. Die kürzlichen Beschlüsse der Internationalen Alpenkommission CIPRA und des Landesparlaments von Vorarlberg pro Energie-Autonomie in ihren Regionen seien Vorbilder. Energieautonomie definierte er kurz als „Ausgang der Menschen aus ihrer Abhängigkeit von Energiekonzernen und fernen Energiequellen“.

### Die Energiewende nicht durch kleinkarierte Teilinteressen blockieren!

ANDREAS MARKOWSKY von der Ökostromgruppe problematisierte in seinem Vortrag „**Mehr Solar-Wind-Wasserkraft für die Region**“ die Vor- und die Nachteile der fossil-atomaren Energiebereitstellung. Da in vielen Ländern der Erde der Energieverbrauchsanstieg erst jetzt richtig beginne, komme man allein mit Energieeffizienzverbesserungen nicht weit genug. Die deshalb erforderliche Umstellung auf Erneuerbare sei eine Frage der Prioritäten. Und die würden sowohl in der etablierten als auch in der alternativen Energieszene immer noch falsch gesetzt. So würden die PV, die Wasserkraft, die Windenergie aus den unterschiedlichsten Gründen abgelehnt – vom dogmatischen Denkmalschutz bis zum völlig überzogenen Naturschutz, beispielsweise beim Auervildschutz. An sich ausgesprochene Befürworter der Energiewende würden dabei ihr jeweiliges „Steckenpferd“ reiten, das im Einzelfall immer wichtiger sei als die Energiewende. Gegenüber diesen Egoismen gelte es, die Erneuerbaren massiv auszubauen und gleichzeitig deren mögliche Nachteile zu minimieren.

Auf Nachfrage erläuterte MARKOWSKY, welche Vorteile er in Energiegenossenschaften und GmbH & Co. KGs im Vergleich zur Aktiengesellschaft sehe. In einer Genossenschaft bzw. in einer GmbH & Co. KG sei die Verbundenheit der Genossen bzw. der Kommanditisten mit „ihrer“ Anlage deutlich größer. Er plädiere dabei aber für Unternehmensformen, welche die Geschäftsführung von der Eignerschaft trennen, also für die GmbH & Co KG. Auf weitere Nachfrage, erläuterte er, dass die Müllberge sowie die Vorberge in der Rheinebene für einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen zu wenig windhöflich seien, der Müllberg in Karlsruhe nahe am Rhein sei eine sehr knappe Ausnahme. Hochprofitabel seien derartige Standorte, wenn es auch im Binnenland die EEG-Vergütung in der Höhe geben würde, die den Offshore-Anlagen zu Gute käme.

### Wenn fürs Bioenergiedorf Holz „importiert“ wird

Dipl.-Ing. CHRISTIAN NEUMANN von der Energieagentur Regio Freiburg GmbH berichtete zum Thema „**Bioenergiedörfer: Energierevolution in der Region**“. Zielmarke für Bioenergiedörfer sei, den Wärmebedarf zu mindestens zu 50 Prozent und den Strombedarf zu 100 Prozent über Erneuerbare von vor Ort zu decken. Dazu gehören auch die Bausteine Energieeffizienz und Strom- sowie Heizenergieeinsparung, die gemeinsame Bereitstellung von Wärme und Strom über Blockheizkraftwerke, andere erneuerbare Energien sowie die Beteiligung der BürgerInnen – beispielsweise über Energie-Genossenschaften. In Baden-Württemberg seien derzeit 26 Bioenergiedörfer „in Betrieb“, 15 Dörfer in Bau sowie weitere in Planung. Erfreulich sei die starke Entwicklung nach oben. Bemerkenswert sei, dass einige Bioenergiedörfer bereits überschüssige elektrische Energie in ihr jeweiliges Umland „exportieren“ könnten.

Anschließend berichtete NEUMANN über die Beweggründe, warum sich die EinwohnerInnen von Bioenergiedörfern für die Energiewende vor Ort engagieren – vom Autonomie- bis zum Kosteneinspareffekt. Zum Problem könnte es sich entwickeln, wenn die Belieferung mit preisgünstiger Wärme

dazu führe, dass die bessere Dämmung der Gebäude zum Erliegen komme oder gar zum Fenster hinausgeheizt werde, um mehr hoch vergüteten Strom produzieren zu können. Außerdem sei zu beobachten, dass Nahwärmesysteme teilweise mit unnötigen hohen Verlusten gefahren würden. Festzuhalten sei auch, dass die regionale Verträglichkeit bei vielen Projekten stark verbesserungsfähig sei, einer der Aspekte, die bei der Kampagne „BioenergieRegion Südschwarzwald plus“ bearbeitet würden. Dabei solle u.a. darauf geachtet werden, dass Holz zum Heizen, i.d.R. Hackschnitzel, nicht von weit außerhalb der Gemeinde bezogen werde.

Aus dem Publikum kamen Fragen u.a. zur Verfeuerung von Hackschnitzel und Stückholz? Sorge wurde dazu geäußert, dass der Import von Holzpellets aus anderen Kontinenten zunehme, bisher vor allem für Industriezwecke.

## Fast „revolutionäre“ Ziele für den Verkehrssektor

„Die Mobilitätswende in der Region“ war Thema von Hannes Linck. Der Vorsitzende des Verkehrsclub Deutschland VCD Regionverband Südlicher Oberrhein e.V. bezifferte den Anteil des Verkehrs in Baden-Württemberg an den CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 30 Prozent. Insofern müssten zum Klimaschutz der fossile Energie-Einsatz im Mobilitätssektor verringert werden sowie die Erneuerbaren auch im Verkehrssektor zur Anwendung gebracht werden. Dabei sei derzeit, außer bei ÖPNV-Ausbau und Pedelecs( s.o.), zunächst auch die starke Verbrauchsverringering nichtelektrischer Fahrzeuge sehr wichtig. Bei den Verkehrsemissionen der Region Freiburg müsste u.a. auch der Flugverkehr mit einbezogen werden, soweit dieser auf die Freiburger zurückzuführen sei.

Der VCD habe für die Zukunft „fast revolutionäre“ Ziele formuliert: In Etappen müsse der Kfz-Bestand in Freiburg bis 2050 auf ein Viertel reduziert werden bei gleichzeitigem Ausbau u.a. des Car-Sharing (Auto-Teilen). Zudem müssten die Fahrzeuge dann ausschließlich regenerativ betrieben werden. Parallel sei Tempo 30 auf allen Hauptstraßen und Tempo 15 in allen Wohngebietsstraßen anzustreben. Der PKW-Verkehr in der Stadt müsse „abgeschreckt“ werden. LINCK zitierte Prof. Knoflacher: „Autos vor der Tür machen Menschen zu Autofahrern“. Je weiter das Auto von der Wohnung wegstehe, desto weniger werde der Pkw zum Holen der Brötchen genutzt. Und hinsichtlich der geringen Realisierungschancen für den dreisamparallelen Stadttunnel postulierte LINCK „Es gibt ein Leben vor dem Tunnel“. In der Diskussion wurde gefragt, inwieweit es sinnvoll sei, die Nutzung des Nahverkehrs kostenlos zu gestalten. Zum Dreisamuferweg wurde angemerkt, dass der enge Fahrradweg jetzt schon ein Unfallschwerpunkt sei. Es sei zu überlegen, die Uferwege für Rad und Fußgänger zu trennen und außerdem die Kartäuserstraße zur Fahrradstraße zu machen.

## Globale Energiegerechtigkeit & Energieautonomie

Zu obigem Thema referierte der Protokollant Nik Geiler für das Netzwerk Energie-Hunger–Nein Danke im Eine Welt Forum Freiburg, insofern gibt es hierzu keine Notizen. Der Vortrag ist als pdf-Datei eingestellt bei [www.ecotrinova.de](http://www.ecotrinova.de) unter Energiewende.

## „Schrottsanierungen als energetische Altlasten von morgen“

DIETER SEIFRIED, Büro Öquadrat, Freiburg i.Br., referierte zum Thema „**Strom- & Energiesparen – Energie-Effizienz regional**“ und erklärte, dass es prioritär darum gehen muss, den Primärenergie-Einsatz massiv zu drücken – beispielsweise durch eine energetische Sanierung des Altbaubestandes. Es gelte, den derzeitigen Energieverbrauch unsanierter Gebäude von 200 kWh/m<sup>2</sup>a auf 15 bis 20 kWh zu reduzieren. Das gegenwärtige Sanierungstempo sei zu gering – zudem seien viele Sanierungen als „Schrottsanierungen“ einzustufen. Die Anreize für eine umfassende Gebäudesanierung seien unzureichend.

Neben der Gebäudesanierung komme es auch darauf an, bei der „Weißen Ware“ (Haushaltsgroßgeräte) nicht die energetischen Altlasten von morgen anzuschaffen, sondern die „top runner“, d.h. die aktuell sparsamsten Geräte in die Wohnungen zu bringen. Entsprechende „Marktverschiebungen“ seien durch die Mindesteffizienzstandards bzw. Verbote des Verkaufs schlechter Geräte sei-

tens der EU zu erwarten. Parallel dazu sei es aber erforderlich, durch ein ganzes Maßnahmenbündel die Trägheit der Märkte zu überwinden. Nachvollziehbar sei, dass die Energieversorger nicht sonderlich daran interessiert seien, Energie-Effizienz und Energie-Einsparung bei ihren Kunden massiv zu fördern. Insofern müssten Mechanismen entwickelt, damit sich künftig der Stromverkäufer zum Berater für intelligenten sparsamsten Energie-Einsatz entwickelt.

In der Diskussion wurde gefragt, ob bei der Energie-Effizienz von Weißer Ware der Energieverbrauch für das Recycling der Altgeräte und die Produktion der neuen Geräte berücksichtigt würde – ebenso der Verbrauch wertvoller Rohstoffe. Die Antwort: Wenn man schon ein neues Gerät kauft, dann das effiziente! Denn der Ressourcenverbrauch für die Produktion effizienter und ineffizienter Geräte sei allenfalls unerheblich verschieden.<sup>8</sup>

## „Die Schnauze voll von Energiestudien für die Schublade“

Zum Thema „**Blockheizkraftwerke(BHKW) –atomkraftfreier, effizienter klimaschützender Kern der Energiewende**“ referierte Dr. JÖRG LANGE vom Klimabündnis Freiburg. LANGE leitete seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, dass er die „Schnauze voll habe von Studien für die Schublade“ – weil die Empfehlungen von Studien in Freiburg deutlich zu zögerlich umgesetzt würden. LANGE regte des Weiteren an, dass man sich in der Energieszene zusammensetzen sollte, um sich über alle Teilinteressen hinweg auf einen gemeinsamen Zielkorridor zu einigen. Ferner problematisierte der Referent in seinen „*Vorbemerkungen*“ den Zubau von Kleinwasserkraftwerken an Lachsprogrammgewässern. Mit Blick auf die Entwicklung des Primärenergie-Verbrauchs in Deutschland während der letzten Jahre monierte LANGE, dass der Primärenergieverbrauch nicht zurückgegangen sei. „*Wir haben diesbezüglich nichts erreicht*“, so der Referent.

Wie man den Primärenergieverbrauch ohne Komfortverlust drastisch reduzieren kann, erläuterte LANGE am Beispiel der „Kleehäuser“ im Freiburger Stadtteil Vauban, die vorbildlich Passivhaus-Standard, Mikro-BHKW und zahlreiche weitere Maßnahmen auch im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft (s.o.) aufweisen. Die Einsparmöglichkeiten bei öffentlichen Gebäuden zeigte der Referent am Beispiel der Freiburger Schulen auf, wo u.a. durch den Einbau von BHKWs der Primärenergiebedarf signifikant und gleichzeitig auch kostendeckend zurückgefahren werden könnte. Anschließend streifte LANGE die „Strom-zu-Gas-zu BHKW-Strategie“, s.o.. Zum Schluss seines Referates appellierte LANGE, von Freiburg aus zu versuchen, aktiv in die anstehende Novelle des KWKG-Gesetzes einzugreifen.

## Samstag, 29. Okt. 2011 nachmittags

### EWS: Aufbau eigener Stromerzeugungskapazitäten

In der von Dr. GEORG LÖSER moderierten Podiumsdiskussion am Nachmittag – jetzt wieder im Cafe Vélo - wurde zunächst bedauert, dass die Lokalpolitik während der Samstags-Sitzung fast geschlossen durch Abwesenheit glänzte. Als erster Podiumsgast stellte ALEXANDER SLADEK von den Elektrizitätswerken Schönau (EWS-Schönau) den „*Kurswechsel*“ der EWS hin zu eigenen Stromproduktionsanlagen vor – früher habe man überwiegend auf Anlagen bei den Kunden gesetzt. Auf der Liste der Projekte stünden der Ausbau bei Kleinwasserkraftanlagen, die Windenergie und die „Strom-zu-Gas-Strategie“ in Verbindung mit Mini- und Mikro-BHKW-Anlagen im Vordergrund. SLADEK zeigte sich gewiss, dass durch das Austarieren von lokalen und regionalen Netzen der überregionale Ausbau von Hochspannungstrassen zurückgefahren werden könne.

### Viele BHKW-Fragen

Im Hinblick auf BHKW-Anlagen kam aus dem Publikum die Frage, wie in einem vermieteten oder Mehreigentümergebäude die BHKW-Wärme und der BHKW-Strom unproblematisch abgerechnet werden könnten. Die Antwort: mit der Bildung einer Versorgungsgemeinschaft mit nur einem Zähler

<sup>8</sup> Hinweis von G. Löser: Die Wiederverwertung der Metalle von Altgeräten führt zu großer Entlastung, der verringerte Energieverbrauch beim Betrieb neuer Bestgerätes bei Weißer Ware eindeutig zu verbesserter Bilanz.



gegenüber dem Versorgungsnetz des Netzbetreibers. Dann könne für die Mitglieder mit einer „*drastischen*“ Minderung gegenüber den üblichen Strombezugskosten gerechnet werden. Aber was ist, wenn einer oder einige in dem Gebäude nicht mitziehen, so eine weitere Frage. Der „Ausscherer“ bekommen bzw. behalten dann einen eigenen Zähler. Und was ist mit der Abschreibung, die man ja nicht via Wärmekosten auf die Mieter umlegen dürfe? In einer Versorgungsgemeinschaft könnten alle Kosten (Wartung, Betrieb, Abschreibung) auf die Mitglieder umgelegt werden. Denn in einer Eigentümer-Versorgungsgesellschaft als solcher gebe es unabhängig von den Wohnungsmiet- oder -Eigentumsverhältnissen keine „Vermieter-Mieter-Vertragsverhältnisse“.

Probleme würden sich vor allem dann ergeben, wenn in einem Mehrfamiliengebäude ein BHKW-Contractor (also ein Dritter, der sich u.a. als Investor einbringt) versuchen müsse, betriebswirtschaftlich auf einen grünen Zweig zu kommen.

Warum setzen sich die besten Lösungen nicht durch – beispielsweise die Installierung von BHKWs in den Schulen? Das Dogma „Erst Wärmedämmung – und dann Optimierung der Heizung!“ stehe dem in den Köpfen der kommunalen Entscheider noch entgegen. Und: Energie-Einsparcontracting und BHKW-Contracting seien ein sehr kleinteiliges und mühsames Geschäft. Diese Hemmnisse könnten bei badenova dazu geführt haben, dass die Prioritäten auf andere Sektoren gesetzt worden seien, so die Vermutung von Alexander SLADEK.

Altstadtrat und Regionalrat Klabundt machte darauf aufmerksam, dass die Entscheidungen des Gemeinderates von der Verwaltung vorbereitet werden. Und angesichts der Klagen über die überwiegende Unkenntnis der Gemeinderäte zur sehr hohen Bedeutung der BHKW-Technik mahnte Klabundt, dass Demokratie eben anstrengend sei. Zudem gebe es bei den Gemeinderatsfraktionen unterschiedliche Werte und Kriterien, so dass auch aus diesem Grund die Entscheidungsfindung komplex sei.

Auf die Frage, warum die EWS wider eigene betriebswirtschaftliche Interessen den Austausch alter Heizungspumpen finanziell fördere, verwies SLADEK auf den Idealismus der EWS-Initiatoren, jemand aus dem Publikum auf „Übung“ für baldige Effizienzvorschriften.

LÖSER sorgte sich, dass es im kommenden Winter bei großer Kälte mit der Netzstabilität u.U. eng werden könnte, da zahlreiche Atomkraftwerke im weiteren Umfeld von Freiburg stillgelegt worden sind oder zur Wartung stillstünden. Insofern wäre es wünschenswert, wenn jetzt so schnell wie möglich zur höheren Gewährleistung der Versorgungssicherheit neben Stromsparsfortmaßnahmen zahlreiche weitere BHKWs auch in Kellern Freiburgs und der Region installiert würden.

## **„Schmeißt ihn raus – den Stellplatz-Paragrafen!“**

Im Verkehrs-Abschnitt der Diskussionsrunde wurde der Bequemlichkeits- und Komfortaspekt problematisiert – beispielsweise, dass man bei der Unterbringung des PKW in einer Quartiersgarage auf dem Weg zur Wohnung bei strömenden Regen tropfnass würde. Das „Tropfnass-Problem“ habe man auch bei „Bahnhöfen“, wo es nicht genügend Überdachungen gebe. Hannes LINCK vom VCD verwies diesbezüglich auf die Möglichkeit des Carsharings und auf die Taxinutzung. Dann komme man auch ohne eigenen Pkw aus und spare damit auch noch massig Geld.

Nach Meinung von Jörg LANGE müsste der Stellplatz-Paragraph in der Landesbauordnung gelöscht werden. „*Schmeißt ihn endlich raus!*“ Angesprochen wurde auch der überwiegend vom Bund finanzierte Ausbau des Autobahnanschlusses für den Europapark. Sinnvoller wäre eine Modernisierung des sich „*in jämmerlichem Zustand befindlichen*“ Bahnhofs Ringsheim gewesen.

LANGE erinnerte daran, dass es zwar immer mehr Pkws gebe, diese aber meistens ungenutzt auf Gehwegen im Weg herumstünden. LINCK wäre froh, wenn der Freizeitverkehr – auch zum Europapark - weniger umweltschädlich gestaltet werden könnte. Da wäre ein innovatives Verkehrskonzept des Europaparks erfreulich gewesen. Aus dem Publikum wurde vorgeschlagen ein „*Menschenrecht gegen Verkehrslärm*“ einzuführen – dies würde auch den Flugverkehr betreffen. Beim Flugverkehr störte sich LINCK daran, dass der Flugverkehr im Gegensatz zur Bahn AG-Fernverkehr durch die weitgehende Befreiung von Abgaben und Steuern künstlich verbilligt würde.

## Energiewende-Werkstatt 29. Okt. nachmittags

In der abschließenden „Energiewende-Werkstatt“, die von DAGMAR GROBE moderiert wurde, sollten sich zunächst „*neuere und unbekanntere*“ Gruppen vorstellen.

Einer von mindestens drei Vorstellungskandidaten war „Transition Town“ (TT, etwa: „Stadt im Übergang“) – eine aus Großbritannien stammende Idee, wo in einer kleinen Stadt die EinwohnerInnen ihr Energiekonzept selbst entwickelt haben, siehe [www.transition-initiativen.de](http://www.transition-initiativen.de)  
Im britischen Original, so Armin BOBSIEN von TT-Freiburg, seien die Aktivitäten nicht nur auf Erneuerbare und Energie-Einsparung beschränkt – im Brennpunkt stünden auch die Nahrungsmittelversorgung und die Suffizienz (Genügsamkeit) – im Sinne eines Klimaschutzes von unten in Anlehnung an die ehemaligen lokalen Agenda 21-Projekte (im folgenden kurz LA21). Dabei wolle „Transition Town“ das Versanden der LA21-Bewegung in der Verwaltung vermeiden – beispielsweise dadurch, dass man nicht darauf warte, dass die Stadtverwaltung die BHKW-Installierung organisiere, sondern dass der Stadtteil, die Eltern und die Schule das selbst in die Hand nehmen. Ziel der Transition Town-Bewegung sei, die Kommunen krisenresistenter („Resilienz“) zu machen. In Freiburg sei inzwischen auch ein Ableger von „Transition Town“ entstanden.

Die weiteren anwesenden Freiburger Vorstellungskandidaten waren die Antiatomgruppe Freiburg und die Projektgruppe Energie des Agenda21-Büros.

## Wie die Stadt und Gemeinderat zur Umsetzung bringen?

Wie kann man die Pilotprojekte in die Breite bringen – damit die Vorbildprojekte nicht zu Alibiprojekten verkommen. Des Weiteren wurde diskutiert, wie man die bürgerinitiierte und bürgerfinanzierte Installierung von BHKWs in Freiburger Schulen realisieren könne. Eingewandt wurde, dass wegen der Verbundenheit zwischen badenova und der Stadt aufgrund der Schmälerung der Konzessionsabgabe solchen Bürgerprojekten Steine in den Weg gerollt würden.

LANGE äußerte dazu die klare Einsicht, dass die Stadt selber dazu prädestiniert sei, in ihren Schulen BHKWs zu installieren: „*Die Stadt muss es machen!*“ Für privates Bürgerengagement gäbe es genügend Betätigungsfelder in den privaten und nichtstädtischen Liegenschaften.

Vorwärts und rückwärts wurde diskutiert, wie man mehr Einfluss als bislang auf den Gemeinderat nehmen könne – vor allem auch, weil sich der Gemeinderat eher an den Empfehlungen von Öko-Institut und des Fraunhofer-ISE orientiere, zu denen die Erfahrungen des Klimabündnis Freiburg nicht herangezogen würden.

Ein Vorschlag sei, die KWK-Förderung zumindest für kleine Anlagen auf das EEG-Modell umzustellen, damit die Eltern und die schulischen Solarfördervereine sowie andere ähnlich wie bei PV-Anlagen mit der BHKW-Finanzierung rentierliche Investitionen machen könnten. Verzögerungen würden sich auch dadurch ergeben, dass aus Perspektive der Kommunen für Energiedienstleistungen (Anm.: aktuell ab 193.000 Euro Umfang) inzwischen EU-weite Ausschreibungen erforderlich seien – und die Stadt kein Personal habe, um ständig EU-weite Ausschreibungen zu bewältigen.

## Sich am „Granitblock Stadt“ abarbeiten?

Schließlich wurde die grundsätzliche Frage aufgeworfen, warum man sich am „Granit“ abarbeiten wolle, wenn es doch genügend leichtere Möglichkeiten geben würde, um BHKWs „unters Volk“ zu bringen. Ziele könnten u.a. Mehrfamilienhäuser sein. Dabei müsse in der Ansprache Energie-Einsparung, Ökologie und Geldsparen im Vordergrund stehen – nicht die BHKW-Technik, die die wenige verstünden und mit der sich eh kaum jemand im Detail auseinandersetzen wolle.

Als negativ wurde eingestuft, dass das Warten auf die Entscheidungen der Stadt unproduktiv sei. Könne man nicht einfach über die VHS mit BHKW-Bildungsarbeit zu beginnen – beispielsweise finanziell unterstützt durch BHKW-Hersteller und BHKW-freundliche Ingenieurbüros.

Georg Löser von ECOtrinoa e.V. erläuterte, dass man in Zusammenarbeit mit Bürgervereinen und dem Agenda21-Büro Freiburg bereits mit Blick auf viele anstehende und z.T. schon laufende Stadtteilleitlinien (STELL) und dort einzurichtende Energiewende-AGs bereits zumindest für einige Stadtteile „von unten“ auf solchem Weg sei – im Sinne von „Bürger-VHS“ von unten: ECOtrinoa und Projektgruppe Energie des Agenda21-Büros, voraussichtlich auch das Klimabündnis Freiburg, beginnend mit der allgemeinen Stadtteil-Startkonferenz am 17.11.2011 zu Freiburg-Wiehre über 20.000 Einwohner betreffend.

Nachdem ECOtrinoa und Partner sowie die Energieagentur Regio Freiburg Ende Mai/Anfang Juni 2011 ausführliche Angebote eingereicht hatten, hat sich seitens der Stadt seitdem die Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse zu Stadtteil-BHKW-Kampagnen vom Februar 2010 erneut stark verzögert mit immer noch nicht erfolgter (an sich mit Annahme des ECOtrinoa-Angebots vermeidbarer) europaweiter Ausschreibung der BHKW/KWK-Stadtteilkampagne. Der Gemeinderat wollte laut Beschluß die Kampagne bereits im Sommer 2010 begonnen wissen.

Beklagt wurde, dass die erforderliche Überzeugungsarbeit auf zu wenigen ehrenamtlichen Leuten lasten würde. Die Frage wurde aufgeworfen, wie man künftig Öko-Institut und Fraunhofer ISE – als die Topberater der Stadt – an unseren Tisch bekommen könne, zumal befürchtet wurde, dass die dortigen Akteure eher auf der „Metaebene“ tätig seien und demzufolge vielleicht zu wenig Interesse an lokalen Aspekten der Energiewende haben könnten. Erforderlich sei, dass sich mehr Aktive als die wenigen bisherigen an die Fraktionen und die Institute wenden.

Vorgeschlagen wurde auch, Handlungskompetenz in die Stadtteile zu tragen. Die Mitgliedsorganisationen von FARBE (Freiburger Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement) haben am **12. Dez. einen Termin mit den Stadträten im Agenda21-Büro/Treffpunkt Freiburg**, siehe [www.treffpunkt-freiburg.de](http://www.treffpunkt-freiburg.de). Dieser Termin könne ebenfalls genutzt werden, die Freiburger Gemeinderatsmitglieder auf das Thema Bürgerschaft und BHKW anzusprechen. GROßE machte den Vorschlag, so viel Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren, dass bei der Stadt Bewegung in Gang komme.

### **Mehr Transparenz & Bürgerbeteiligung in der städtischen Energiepolitik**

Das von DAGMAR GROßE gezogene Fazit: „*Es gibt viele Ideen – aber wer macht's?*“ Was sind die nächsten realistischen Schritte? Möglich wäre, die einzelnen Fraktionen zu besuchen, was in der Vergangenheit zu Passivhaus-Standards (2007) und Ende 2009 zum Thema BHKW auch fast Tradition und mehr oder weniger Erfolg hatte. Vorgeschlagen wurde auch, eine Liste zu dem Thema zu stellen: „*Wer macht was und wer braucht von wem welche Unterstützung?*“

GROßE kündigte an, auf der nächsten Sitzung des **Nachhaltigkeitsrates am 7. November** die mangelnde Transparenz in der städtischen Energiepolitik zum Thema zu machen. Die Forderung nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der städtischen Energiepolitik war einer der am häufigsten genannten Punkte bei der Frage, wo das Klimabündnis Freiburg aktiv werden sollte.

### **Energiewende-Manifest für die Region Freiburg bekräftigt**

Die EnergieWendeTage schlossen mit der gemeinsamen Bekräftigung des Energiewende- und Klimaschutz-Manifest für die Energiewende-Modell-Region Freiburg vom 28.04.2010. Dem Manifest haben sich inzwischen eine Reihe weiterer Initiativen und Vereine angeschlossen

\*\*\*\*\*

Protokoll: Nikolaus Geiler / AK Wasser im BBU e.V. und Dr. Georg Löser / ECOtrinoa e.V.

Durchgesehene Fassung 7.1.2012  
zu veröffentlichen bei den Tagungspartnern,  
u.a. bei [www.ecotrinova.de](http://www.ecotrinova.de) , Rubrik Energiewende Regio Freiburg

Das **Programm** der EnergieWendeTage 2011, die **Veranstalter**, die **Förderer**, die veröffentlichten **Vorträge** sowie das gemeinsame **Manifest** des Netzwerks Energiewende-Klimaschutz Regio Freiburg sind zu ersehen und herunterladbar bei [www.ecotrinova.de](http://www.ecotrinova.de) , Rubrik „Energiewende Regio Freiburg“.